

## ZUM ANTRAG DER SPD-FRAKTION (DRUCKSACHE 18/60)

„AUS DER PANDEMIE LERNEN: KINDERTAGESSTÄTTEN, ALLGEMEINBILDENDE SCHULEN IM PRIMAR- UND SEKUNDARBEREICH SOWIE FÖRDERSCHULEN IN NORDRHEIN-WESTFALEN ZUR KRITISCHEN INFRASTRUKTUR ENTWICKELN UND DEN NÄCHSTEN HERBST VORBEREITEN!“

### *Kinder- und Jugendarbeit krisensicher?*

Der Landesjugendring NRW bedankt sich für die Einladung zur Anhörung des Ausschusses Familie, Kinder und Jugend in Nordrhein-Westfalen sowie für die Möglichkeit, schriftlich Stellung zu beziehen.

### Zur Ausgangslage

#### **Kinder und Jugendliche massiv von der Pandemie betroffen**

Kinder und Jugendliche waren und sind von der Pandemie massiv betroffen. Nicht nur die Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit des Bildungssystems, sondern auch die unzureichende Berücksichtigung von Kindern und Jugendlichen hinsichtlich der politischen Entscheidungsfindungen, haben zu erheblichen Belastungen der psychischen und physischen Gesundheit geführt, fundamentale Rechte verletzt und sowohl Bildungsungerechtigkeiten als auch soziale Ungerechtigkeiten drastisch verschärft. Dieser Analyse, die auch der vorliegende Antrag vornimmt, müssen wir auch aus unserer Erfahrung heraus zustimmen.

Wir unterstützen die Forderung, dass die nordrhein-westfälische Landesregierung jetzt alle notwendigen Vorkehrungen treffen muss, um diese schwerwiegenden Folgen nicht weiter zu verstärken.

#### **Weiter Bildungsbegriff und non-formale Bildung**

Wir vertreten den Standpunkt, dass es nicht ausreichend ist, Kitas und Schulen zur kritischen Infrastruktur zu erklären. Um die Resilienz bzw. Krisenfestigkeit von Kindern und Jugendlichen zu erhöhen, bedarf es der Loslösung vom Primat der formalen Bildung.

Im Sinne des weiten Bildungsverständnisses ist Bildung mehr als Lernen in der Schule: Vielmehr ist sie die Kompetenzentwicklung für die eigene Lebensführung und dient der Entfaltung der eigenen Persönlichkeit und Individualität. Gleichzeitig ist sie eine grundlegende Voraussetzung für soziale, kulturelle und politische Teilhabe. Bildung ist demnach nicht nur Grundlage der Selbstbestimmungsfähigkeit für die eigene Lebensgestaltung, sondern zudem für die Mitbestimmungsfähigkeit zur Gestaltung und Kritik der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse. Und das wird nicht nur in der Schule vermittelt, sondern in hohem Maße in den außerschulischen Lernorten vor allem der Jugendförderung für Kinder und Jugendliche erfahrbar.

Non-formale Bildung leistet einen Beitrag zur Resilienzfähigkeit junger Menschen, indem sie ihnen ein stabiles Umfeld bietet, in dem sie sich selbst ausprobieren und begleitet durch Lebenskrisen gehen können. Selbstwirksamkeitserfahrungen und auch das Scheitern und Aufarbeiten tragen einen wichtigen Teil dazu bei, mit Krisen besser umgehen zu können.

Einrichtungen und Angebote der Jugendförderung sind (leider) essentiell, um Bildungsungerechtigkeit zu Begegnen. So waren z.B. Jugendzentren in den Phasen der Lockdowns oftmals die einzigen Anlaufstellen, bei denen Kinder und Jugendliche, die beispielsweise in von Armut

betroffenen Familien leben, die Möglichkeit hatten, auf die Infrastruktur zurückzugreifen, um digital bereitgestellt Schulaufgaben abrufen und ausdrucken zu können. Jugendarbeit und Schule muss Hand in Hand arbeiten.

Es braucht die Wahrnehmung, die Wertschätzung und den Schutz dieses Beitrags, der gleichwertig zum formalen Bildungssystem zu betrachten ist. Entsprechend muss sich dieses in Zukunft auch in konkreten Maßnahmen niederschlagen: Non- formale Bildungseinrichtungen müssen ebenfalls zur kritischen Infrastruktur zählen.

### **Gleichberechtigte Kooperation**

Die gleichberechtigte Zusammenarbeit von Schule und Jugendarbeit muss intensiviert werden: ein Geben und Nehmen von Räumen, Ressourcen, Erfahrungen und vor allen Dingen pädagogischer Expertise. Hier geht es darum die Vielfalt der Bildungsakteur\_innen wahrzunehmen bzw. einzubeziehen und nicht zur Kompensation des Fachkräftemangels im formalen Bildungswesen zu instrumentalisieren.

Eine Möglichkeit hierfür ist die Kommunale Bildungslandschaft. Das Konzept umfasst die systematische Vernetzung bildungsrelevanten Akteur\_innen und von formalen, non-formalen und informellen Bildungsprozessen sowie deren Settings auf kommunaler Ebene. Die Grenzen einer Bildungslandschaft können vom Sozialraum bis hin zu Regionen reichen.

Ziel ist es, verschiedene Lernorte in einem Netzwerk abzubilden und Kooperationen zu schaffen, um Kindern und Jugendlichen gute, vielfältige und mitbestimmte Bildung zu ermöglichen. So steht der Begriff der ganzheitlichen Bildung und der Ganztagsbildung im Mittelpunkt der Idee der Kommunalen Bildungslandschaften, verbunden mit dem Anspruch, bestmögliche Bedingungen des Aufwachsens und Lernens zu schaffen.

### **Zu den einzelnen Aufforderungen an die Landesregierung**

#### **Zu Kritische Infrastruktur**

Wir fordern im Sinne des weiten Bildungsverständnisses, dass nicht nur Einrichtungen des formalen Bildungssystems, sondern ebenso non- formale Bildungseinrichtungen zur kritischen Infrastruktur gezählt werden.

#### **Zu Maßnahmen zur Verbesserung der Krisenfestigkeit**

Ja, die Digitalisierung muss verbessert werden. Hierbei muss berücksichtigt werden, dass die Verschiebung vieler Angebote in den digitalen Raum Kinder und Jugendliche ausschließt, die keinen Zugang zu angemessener digitaler Hardware oder ruhigen Räumen haben: auch die digitale Teilhabe muss grundlegend ermöglicht werden.

Wir stimmen zu, dass Jugendarbeit und Schule besser vernetzt werden müssen; allerdings dürfen die Fachkräfte der Jugendarbeit nicht instrumentalisiert werden, um den Fachkräftemangel in der formalen Bildung zu kompensieren. Ein gleichberechtigter Austausch sowie eine bereichs- bzw. ressortübergreifende, multiperspektivische Zusammenarbeit im Bildungsbereich ist notwendig, um eine zukunftsfähige und krisenfeste Bildung für Kinder und Jugendliche zu ermöglichen. Diese Kooperation darf nicht, wie in der Vergangenheit geschehen, an der Finanzierungsfrage scheitern.

Wir begrüßen die Forderung, dass im Rahmen von Krisenbeiräten an den Schulen die individuellen Bedarfe und Bedürfnisse von Schüler\_innen gehört und bezüglich der Entscheidungen gemeinsam besprochen werden sollen – auch Schule muss ein Ort der Beteiligung werden und

darf kein Ort der Fremdbestimmung bleiben. Nicht nur in Krisensituationen! Ebenso unterstützen wir die Forderung nach Ausbau und Stärkung von Unterstützungsangeboten in Krisenzeiten wie Schulsozialarbeit, -seelsorge und -psychologie sowie die Stärkung der Krisenkompetenz von pädagogischen Fachkräften im gesamten Bildungsbereich.

### **Zu Ermöglichung von Kinder- und Jugendarbeit auch in Krisenzeiten**

Wir stimmen zu, dass es essentiell ist, dass Kinder- und Jugendarbeit auch in Krisenzeiten ermöglicht werden muss und ihre Einrichtungen dauerhaft zu sicheren Orten gemacht werden müssen. Es geht hier jedoch nicht nur um die entsprechende technische Infrastruktur und Testmöglichkeiten – durch die Energiekrise sind u.a. Bildungsstätten mit pädagogischem Programm für Schulklasse finanziell in ihrer Existenz bedroht. Dem muss von Seiten der Landesregierung Abhilfe geschaffen werden.

### **Zu Kinder und Jugendlichen Teilhabe an den Beratungen zu ermöglichen**

Uneingeschränkte Zustimmung. Wir haben Erwartungen an den Aktionsplan – direkte Beteiligung muss ermöglicht und Jugendpolitik zum Querschnittsthema im Land gemacht werden – und freuen uns darauf, diesen gemeinsam zu entwickeln.

*Der Landesjugendring NRW ist die Arbeitsgemeinschaft von 26 Mitgliedsverbänden und einem Anschlussverband. Er vertritt die Interessen der Jugendverbände und junger Menschen und engagiert sich in Grundsatzfragen der Kinder-, Jugend-, Bildungs- und Gesellschaftspolitik.*